

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

157 (9.7.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., halbjährl. 5.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 5.80 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 5.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 5.60 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Blatt mittags. Geschäftszeit: 7-11 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die bipol. Kolonialzeitung od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Erfolge unserer Steuerarbeit.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Das Steuerprogramm des Reichsfinanzministers für 1918 sollte nach den Schätzungen der Regierung einen Jahresertrag von etwa 3 Milliarden Mark bringen. Könnte man von der Richtigkeit dieser Schätzungen ausgehen, so würden die Steuern, die der Reichstag in diesem Jahre nach den jetzt vorliegenden Anträgen seiner Steuerkommission beschließen wird, einen Ertrag von etwa 4,2 Milliarden Mark bringen. Dem Reichstag hat an seiner der elf Steuerentwürfen nennenswerte Abträge gemacht, vielmehr eine derselben, die Einkommensteuer, in der Weise ausgebaut, daß sie statt der ermittelten 600 Millionen etwa 1800 Millionen bringen wird, eine zweite, das Stempelgesetz, in dem Maße verschärft, daß es bei gleichbleibenden Börsenumsätzen 100 Millionen mehr bringen würde. Damit verschiebt sich, da der Mehrertrag allein aus Besitzsteuerquellen gewonnen werden soll, das Verhältnis der Belastung des Besitzes und des Verbrauchs nicht unbedeutend. Die Kriegsteuer für die Gesellschaften sollte nach den Berechnungen der Regierung etwa 600 Millionen, die Börsensteuern etwa 200 Millionen einbringen. Das hätte zusammen etwa 800 Millionen Besitzsteuern ergeben, denen rund 2200 Millionen Verbrauchssteuern gegenüberstünden. Nach den Ausschüßanträgen ergibt sich nun, auch wenn man das Mehr von 100 Millionen, aus den Börsensteuern außer Betracht läßt, aus Besitzsteuern ein Ertrag von 2 Milliarden, aus Verbrauchssteuern ein solcher von 2,2 Milliarden.

Aber diese Vergleichung würde nur zutreffen, wenn man von den beiden Steuerarten je einen vollen Jahresertrag einander gegenüberstellen könnte. Das ist jedoch nicht möglich, weil die Verbrauchssteuern im ersten Jahre noch nicht und die Besitzsteuern in den späteren Jahren nicht mehr im vollen Maße fließen werden. Für das Jahr 1918 wird sich vom Standpunkte des Verbrauchers aus ein noch erheblich günstigeres Bild ergeben, als es die genannten Ziffern veranschaulichen. Denn keines der Verbrauchssteuergesetze kam vor dem 1. August 1918, das Weinsteuergesetz erst an einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten. Das Branntweinmonopol wird, mag es in Kraft treten, wann es will, im Jahre 1918 keinerlei Ertrag bringen, da kein Branntwein vorhanden ist. Die neuen Verbrauchssteuern werden daher im Rechnungsjahr 1918 zusammen kaum 1 Milliarde einbringen. Das ist gewiß kein Rappenstiel, aber hier handelt es sich um einen Vergleich mit den Schätzungen der Vorlage. Von den Besitzsteuern wird dagegen sowohl die Kriegsabgabe der Gesellschaften als auch die Steuer vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen für das volle Etatsjahr, die Erhöhung der Börsensteuern vom 1. August ab wirken.

Wir haben also 1918 fast mit dem vollen Jahresertrag der Besitzsteuern in Summe von 2 Milliarden zu rechnen, gegenüber einem Verbrauchssteuerertrag von etwa 1 Milliarde.

Ganz anders dagegen wird sich das Verhältnis schon im Jahre 1919 gestalten. Die sämtlichen Besitzsteuern gelten zunächst nur für 1 Jahr, die Verbrauchssteuern teils auf eine begrenzte Zahl von Jahren, teils unbegrenzt. Im Jahre 1919 werden die Verbrauchssteuern ausgenommen das Branntweinmonopol, das noch eine Reihe von Jahren unter dem Rohstoffmangel leiden wird, einen vollen Jahresertrag von etwa 1,6 Milliarden liefern, von den Besitzsteuern werden aber nur die Börsensteuern mit 200 Millionen Jahresertrag automatisch weiter fließen. Nun wird man auch im Jahre 1919 nicht ohne neue Besitzsteuern auskommen. Die wiederholte Erhebung einer Kriegsteuer vom Vermögenszuwachs wird fällig, auf die fortdauernde Erhebung der Mehreinkommensteuer und der Vermögensabgabe der Einzelpersonen darf nicht verzichtet werden, die Gesellschaften werden, mag der Krieg bis dahin zu Ende gehen oder nicht, mit einer weiteren Kriegsabgabe bedacht werden müssen. Daneben hatten wir stets unsere Vorläge, die den Ausbau der Erbschaftsteuer bezwecken, bereit. Aber welche neuen Besitzsteuern im nächsten Jahre auch kommen mögen, sie werden von neuen Massenverbrauchssteuern begleitet sein. Unsere Befriedigung darüber, daß es unserer Kritik und Mitarbeit gelungen ist, das Verhältnis von Besitz- und Verbrauchssteuern sehr viel günstiger zu gestalten, wird also dadurch wieder gedämpft, daß die Verbrauchssteuern in der Hauptsache Dauersteuern, die Besitzsteuern vorläufig in der Hauptsache kurz befristete Steuern sind.

Das soll uns indessen nicht hindern, herborzuheben, daß bei unseren Steuerarbeiten im Hauptausmaß sehr beachtenswerte Erfolge erzielt worden sind. Neben der Durchsetzung der Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen, die trotz aller Schwierigkeiten der bundesstaatlichen Finanzminister eine fröhliche Beteiligung des Reiches an der Besteuerung des Volkes darstellte, seien die folgenden wichtigsten Verbesserungen erwähnt:

Das Privileg der Besteuerung der regierenden Landesfürsten ist erschüttert. Der Staatssekretär der Reichspost hat einen Geheimschreiben, der es weitgehend einschränkt, in welcher Hinsicht gestellt. Zur Befreiung der Leistungen der freien Berufe von der Umsatzsteuer haben unsere Stimmen

den Ausschlag. Die Genossenschaften wurden davon geschütt, daß ihre Mitglieder der Umsatzsteuer unterworfen werden. Von der Kursteuer bleiben silberne Taschenuhren — auch solche mit Goldrand — im Werte bis zu 100 Mk. befreit. Die Steuer auf Edelmetalle, Perlen, Edelsteine, Werke der Plastik, Malerei und Antiquitäten beträgt nicht 20, sondern ebenso wie die auf die übrigen Gegenstände der Kursteuer 10 Prozent. Vom Ertrag der Umsatzsteuer bekommen die Gemeinden über die Vorläge der Vorlage (10 Proz.) hinaus weitere 5 Proz. bis zur Höchstsumme von 50 Millionen, die zur Beschaffung billiger Lebensmittel zu verwenden sind. Mit knapper Ausnahmehälfte wurde auch die Streichung der bestehenden staatlichen und gemeindlichen Warenumsatzsteuern durchgeführt. Bei der Erhöhung der Stempelsteuern wurde eine Schonung der Genossenschaften erreicht, die Latensteuer erhöht, der Stempel auf den Umlauf in Dividendenpapieren für die Kriegszeit erheblich verschärft, die Tantiemensteuer auf die Bergwerks-Gesellschaften ausgedehnt, die Geldumsatzsteuer der Großbanken verschärft, den Genossenschaften und Sparkassen Milderung gewährt.

Gegen die Kriegsteuer auf den Umlauf von Dividendenpapieren erheben jetzt die Börsenleute einen Hölletpetition, drohen mit dem Streik und stellen es so dar, als ob die Börsen und Banken dabei zugrunde gehen müßten. Wenn die breiten Massen der Konsumenten, die in ganz anderem Maße mit Verbrauchssteuern belastet werden, nur deshalb so viel Energie zur Wahrung ihrer Interessen entfalten wollten, könnten sie viel verhindern. Die Börsenleute verschweigen, daß der Stempel beim Umlauf zwischen Bankhäusern und Maklern von Dreizehntel auf Fünftel vom Tausend, also um ganze Zweifelhundert vom Tausend erhöht wird, und daß die durch die Spielwut der Kriegsgewinnler herbeigeführten Kursprünglinge um ein Vielfaches größer sind, als der dem Privatfunden auferlegte Stempel.

Einen Fortschritt von großer dringlicher Tragweite stellt das dem Bundesrat in zähem Kampf abgerungene Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Hölle und Steuern dar. Mit diesem Gesetz wird der Grund gelegt zu einer wirksamen einheitlichen Anwendung aller Reichssteuergesetze, besonders auch derjenigen, die den Besitz treffen. Da durch eine mantelgesetzartige Bestimmung ausgeprochen ist, daß dies Gesetz gleichzeitig mit allen Steuergesetzen in Kraft tritt, so muß der Bundesrat dieser Ausdehnung des Reichssteuerrechts auf Kosten „Steuerhoheit der Bundesstaaten“ zustimmen, mag es ihm auch sauer ankommen.

Die Revolution in Rußland.

Nach den letzten Nachrichten über die Vorgänge in Rußland scheint der Gesandtenmord tatsächlich eine Tat der Sozialrevolutionäre zu sein, die wieder die Macht an sich reißen wollen. Diese werden heimlich von der Entente unterstützt. Die Entente stimmte bereits ein Freundschaftsvertrag über die Mordtat an. Nachdem der deutsche Einfluß in Rußland in letzter Zeit immer größer wurde, hat man eifrig an dem Sturz der Sowjets gearbeitet, um die Entente wieder zur Macht zu bringen und die alte Ostfront wieder aufzurichten.

Die Rätereierung, die bis jetzt ehrlich bemüht war, den Brester Vertrag zu respektieren, trägt keine Schuld an dem Mord. Sie hat aber gegenwärtig alle Hände voll zu tun, um der Lage Herr zu werden. Es heißt, daß sich die Mörder im Quartier der Sozialrevolutionäre aufhalten, das von Sowjettruppen umzingelt ist. Die Sowjets verlangen die Auslieferung der Mörder.

Das ist in kurzen Umrissen die gegenwärtige trostlose Lage Rußlands. Heute liegen folgende Meldungen vor:

Moskau, 7. Juli. (Nicht amtlich.) Nachts. In Moskau ist der Belagerungszustand erklärt. Die gestern Nacht von den Links-Sozialrevolutionären besetzte Tschelchun- und Telegraphenstation ist von den Bolschewisten einige Stunden später zurückerobert worden. Die in ihrem Quartier mit Artillerie besetzten Links-Sozialrevolutionäre haben im Laufe des gestrigen Tages Parlamentäre geschickt. Die Bolschewiki haben bedingungslose Unterwerfung gefordert.

Die Links-Revolutionäre haben gestern Nacht ein Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß Graf Mirbach von der Terroristenaktion der Links-Sozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der Links- und Sozialrevolutionäre, worunter sich Spiridonow befindet, zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des Brester Friedens zu erzwingen.

Soweit bis jetzt festgestellt ist, hat das Attentat und die seitens der Sozialrevolutionäre ausgegebene Parole: „Krieg gegen Deutschland“ diesen viele Anhänger und Helfer abwendig gemacht. Infolgedessen besteht Aussicht, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden.

Die über den Gesandtenmord angestellte Untersuchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar von langer Hand

vorbereitet worden ist. Der ungarische Graf Robert Mirbach wurde nämlich vor ungefähr vier Wochen, als Bewohner eines Hotels, in dem eine schwedische Anarchistin in angeblichen kontro-revolutionärem Zusammenhang Selbstmord verübt hatte, verhaftet. Er war wie die übrigen in der Wohnung des Hotelbesizers vollständig unschuldig. Inzwischen blieb er, während die anderen freigelassen wurden, verhaftet. Die ganze Angelegenheit ist höchstwahrscheinlich von Mitgliedern der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolutionäre künstlich geschaffen worden, um einen Vorwand zu haben, zu dem Geandten persönlich vorzudringen.

Moskau, 6. Juli. (Nicht amtlich.) Die hiesige Presse meldet: Am 16. Juni ist in Kiew unter der Führung russischer Offiziere ein Panzerzug mit englischen, französischen und serbischen Truppen eingetroffen. Der Führer des Zuges gab an, der Zug sei eingetroffen, um die Stadt gegen die anrückenden Finnländer zu verteidigen.

Die Angestellten der Murman-Bahn haben sich in einer am 28. Juni in Kiew abgehaltenen Versammlung für ihre bolschewistischen Vertreter ausgesprochen und die Mitglieder der sozialrevolutionären und mensschewistischen Partei aus dem Eisenbahnkomitee ausgeschlossen.

Der Delegiertenkongreß aller Militär- und Seeabteilungen des Abschnittes Weißes Meer-Murman hat die Einberufung eines allrussischen Kongresses der Seeleute beschlossen, um die Aufgabe der Flotte in der jetzigen Lage zu klären.

Die im Abschnitt Sibirien gelegenen Stationen Kalschka und Nowosibirsk sind von den Rotetruppen eingenommen. In der Richtung auf Schadrinsk zeigen sich Kosakenpatrouillen. Im Abschnitt Ost entwickelten sich Kämpfe zu Gunsten der Rotetruppen. Auch im Dongebiet wird mit den Kosaken heftig gekämpft.

Nach Mitteilungen aus tschechischen Kreisen in Moskau verstärkt sich der Einfluß der tschechischen Kommunisten-Partei unter den tschechischen Soldaten. Einzelne tschechische Abteilungen haben sich geweigert, gegen die Rote Armee zu kämpfen und verlangen genaue Angabe der Kriegsziele und der russischen Friedensbedingungen, sowie Verhandlungen mit der russischen Regierung.

Moskau, 7. Juli. (Nicht amtlich.) Wie die tschechischen Mitteilungen erfahren, wandte sich eine tschechische Abordnung an Kowowski, den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Kiew mit einer Denkschrift über die Unabhängigkeit der Weiß-Rußenen. Die Abordnung berief sich auf die Anerkennung durch die Mittelmächte. Kowowski nahm die Denkschrift nicht an.

Moskau, 7. Juli. (Nicht amtlich.) P.M. Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, die den Parteien der Nationalrevolutionäre und der Mensschewiki angehörenden Mitglieder aus seiner Körperschaft auszuschließen.

Moskau, 8. Juli. (Nicht amtlich.) Die Kämpfe in Moskau sind bisher zu Gunsten der Bolschewiki ausgefallen.

Moskau, 8. Juli. (Nicht amtlich.) P.M. Der Rat der Volkskommissare hat die Mobilmachung der in den Jahren 1896 und 1897 geborenen und dauernd oder vorübergehend in Moskau wohnenden Arbeiter angeordnet. Durch einen Erlass des Kriegsminister Trotsky wird die Lösung der Soldaten der Roten Garde für unverheiratete auf 160 und für Verheiratete auf 250 Rubel monatlich erhöht. Die Maßnahme ist veranlaßt durch die Verpflegung und die ernste Arbeit, die den Soldaten in der letzten Zeit durch die Kämpfe auch der inneren und der äußeren Front verbracht worden sind.

Die Kämpfe mit den Tschecho-Slowaken.

Moskau, 7. Juli. (Nicht amtlich.) Das Roterische Bureau meldet aus Wladiwostok vom 30. Juni: Der Kommandant der Tschecho-Slowaken überreichte dem örtlichen Sowjet ein Ultimatum, in dem er die Absicht ankündigt, die örtlichen Bolschewiki zu entwaffnen wegen ihres Widerstandes gegen den Durchzug der Tschecho-Slowaken aus Sibirien nach Wladiwostok. Er gewährte eine halbe Stunde Frist für die Antwort und, da er keine erhielt, so schritt er zur Entwaffnung, die, fast ohne Widerstand zu finden, ausgeführt wurde. Nur in einem Gebäude nahe der Eisenbahnstation fand ein Kampf statt. Die Tschechen nahmen es am Abend ein. Viele Bolschewisten wurden getötet und verwundet. Die vorherige örtliche Verwaltung wurde wieder eingesetzt. Es herrscht vollkommene Ordnung.

Deutscher Tagesbericht.

Moskau, 7. Juli. (Nicht amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Artilleriebeschießung setzte am Abend auf. Sie nahm während der Nacht beiderseits der Rys, am La Wajje-Ganal und zu beiden Seiten der Sonne zeitweilig große Stärke an. Neue Erkundungstätigkeit. Stärkere Beschöße des Feindes bei Mersis und südlich der Rys beobachtet.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz, Westlich von Cha-teau-Thierry hielt lebhaften Feuerkampf an. Vorstöße des Feindes gegen den Clignon-Abschnitt und südwestlich von Reims wurden abgewiesen.

Leutnant Willik errang seinen 22. Luftflieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 8. Juli. (W.B. Amtlich.) Wends. Englische Zeilangriffe beiderseits des La Vasse-Kanals sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Fliegerangriff auf Kaiserslautern.

W.B. Karlsruhe, 8. Juli. Mehrere feindliche Flieger griffen gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr die offene Stadt Kaiserslautern an. Eine Anzahl der abgeworfenen Bomben fiel in und außerhalb der Stadt und richtete zum Teil Häuserbeschaden an.

Deutsche Flieger vor der Rheinmündung.

W.B. Berlin, 8. Juli. (Amtlich.) Am 6. Juli nachmittags haben zwei Staffeln von Seefliegern des Marinekorps unter Führung von Oberleutnant der Reserve Christian-Jensen und Leutnant der Reserve Wecht vor der Rheinmündung die englischen U-Boote „C 25“ und „B 51“ durch Bombentreffer und Maschinengewehrtreffer schwer beschädigt.

Wir erfahren zu dieser Gelegenheit noch folgende Einzelheiten: Vor der Rheinmündung in der Nähe des Sandes von Shipwash, sichteten unsere Flugzeuge ein aufgetaucht fahrendes englisches U-Boot, das die Bezeichnung „C 25“ groß am Turm aufgemalt trug. Bevor es Zeit fand, zu tauchen, stießen unsere Flieger auf ihre Beute herab und griffen das Boot aus nächster Nähe mit Maschinengewehrfire an.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 8. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Das Ringen um die Casson-Stellungen östlich des Monte Vertica dauerte bis zum Nachmittage an. Siebenmal hat sich das tapfere Ottobaner Regiment Nr. 79 im Gegenstoß auf den Feind geworfen, ehe dessen Angriffskraft völlig gebrochen war und er endgültig in seine Gräben zurückfluten mußte.

Taraz Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

Was mochte der alte Taraz empfinden, als er seinen Sohn erblickte? Was ging wohl in seiner Seele vor? Er sah aus der Menge nach ihm hin, und keine seiner Bewegungen ging ihm verloren.

Der Genfer riß Ostap die alten Lumpen herunter, Hände und Füße wurden in ein eigens zu diesem Zwecke angefertigtes Gestell gesteckt und... Aber wozu sollen wir den Reifer mit der Beschreibung all der höllischen Qualen erschüttern, bei denen einem jeden die Haare zu Berge stehen müssen.

gestern der Italiener an der mittleren und unteren Poja mit starkem Westflügel zum Angriff über. Wir nahmen unsere im Flußstale vorgeschobenen Positionen gegen die Hauptstellung zurück.

Zur Räumung des Biave-Deltas.

W.B. Wien, 8. Juli. (Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Während die Räumung der Biaveinsel ohne Störung durch den Feind mit Ruhe und Ordnung durchgeführt werden konnte, setzte bereits um 4 Uhr früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden heftiges Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen bei Asiago ein.

Japans Rüstungen.

London, 8. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Times“ berichten aus Tokio vom 1. Juli: Der Rat der Feldmarschälle und Admirale hat den Plan wegen des Zusammenwirkens von Meer und Flotte angenommen und der Vermehrung der Armee auf 21 Korps gleich 42 Divisionen oder 126 Regimenter grundsätzlich zugestimmt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 7. Juli. (Privatmeldung.) Die Pariser Maten melden einer Genfer Nachricht der „Post“ zufolge aus Bordeaux: Im hiesigen Hafen ist der frühere deutsche Passagierdampfer, der größte Dampfer der Welt, „Vaterland“, mit amerikanischen Soldaten eingetroffen.

Wien, 8. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) „Progres de Lyon“ berichtet aus Bourges: Vergangenen Mittwoch in der Nacht explodierte ein Munitionswagen auf der Fahrt zur Bahnhofe von Monhan-le-Fuclier.

Konstantinopel, 8. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Seeresbericht von gestern: Palästina: Im Küstenabschnitt wurde ein feindlicher Erkundungsvorstoß leicht abgewiesen. Auf der übrigen Front nur schwacher Artilleriekampf.

Ausland.

Der spanische Spionageprozess.

Madrid, 7. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Ag. Havas. Die Kammer hat das Spionagegesetz ohne Abstim-mung angenommen. Die sozialistischen und republikanischen Abgeordneten, die gegen das Gesetz waren, verließen den Saal.

inmitten der totenstillen Menge das entsetzliche Krachen der Knochen auch dem entferntesten Zuschauer hörbar wurde, und die jungen Fräuleins ihre Augen abwandten — selbst da entwich seinen Lippen kein Klagelaut, und zuckte keine Miene in seinem Gesicht.

Als man jedoch zu den letzten tödlichen Marten schritt, da schien es, als ob Ostap seine Selbstbeherrschung verlassen wollte. Er sah sich rings um: Gott! Dauter fremde, unbekannte Gesichter! O wäre doch nur einer, der ihm nahestand, bei seinem Tode zugegen gewesen.

„Ich höre es,“ klang es plötzlich durch die allgemeine Stille, und ein Bittren ging plöblich durch die millionenstarke Menge. Ein Teil der bewaffneten Reiter stürzte sich sofort mitten unter sie, um sie zu durchsuchen.

Zwölftes Kapitel.

Taraz ließ bald wieder von sich hören. Ein Heer von hundertzwanzigtausend Kosaken erschien an den Grenzen der Ukraine. Das war nicht mehr ein Häuflein oder eine kleine Schar, die auf Raub ausging oder die den Tataren nachsehen wollte.

Amsterdam, 8. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Das Reutersche Bureau meldet aus Madrid: Das Spionage-gesetz hat in der liberalen und sozialistischen Presse Empörung hervorgerufen, da sie die Maßnahmen als deutsch-freundlich ansieht. Sie glaubt, daß eine Kabinettskrise ein-treten wird.

Deutsches Reich.

Börse und Börsensteuer.

Die Warenumschlagsteuer ist lang- und klanglos auf fünf fürs Tausend erhöht worden; kein bürgerliches Blatt hat gegen diese ungeheuerliche Belastung der breiten Massen Einspruch erhoben.

Im Kriege hat sich an der Börse eine üppige Spekulation ent-faltet, weil einmal gewaltige Kapitalmengen infolge der Liqui-dation der Warenvorräte frei wurden und dann die überhäufte Ausgabe von Papiergeld eine alles überflutende Kaufkraft erzeugte und dem Kapital schließlich jede andere Tätigkeit durch den unerschöpflichen Kreditverordnungen eingeschränkt wurde.

Dieser Gedankengang hat die Sozialdemokratie abgelehnt. Sie will aus der Börse alles mögliche herausheben, sie erstrebt den finanziellen Höchstbetrag, aber sie will die Steuer durch zu hohe Belastung des Börsengeschäfts nicht um ihren Ertrag bringen.

Ganz anders haben sich die Unabhängigen verhalten. Sie haben jede Börsensteuer abgelehnt. Ihre grundsätzliche Feindschaft gegen Verbrauchs- und Verkehrgeldern hat sie an die Seite der Börseninteressenten geführt. Gewiß ist jede Um-satzsteuer verwerflich, weil sie an den hohen Geschäftsakt anknüpft und wenig nach Gewinn oder Verlust fragt.

Vielleicht ist es auch nach so vielen Worten über die Börsen-steuer, noch kurz zum Verständnis zu sagen, was die Börse ist: die Börse ist ein Markt für Gelder, Aktien und Schuldverschreibungen. Hier werden die Gelder des ganzen Landes gesammelt und der Anlage in allen denkbaren Industrien zugeleitet.

Gebrauche, für die Schändung der Kirchen, die Willkür der ausländischen Herren, die Unterdrückung, die Union und die verhasste Herrschaft der Juden in christlichen Ländern, kurz, um sich für alles zu rächen, was den leidenschaftlichen Haß der Kosaken hervorgerufen und gesteigert hatte.

Als man jedoch zu den letzten tödlichen Marten schritt, da schien es, als ob Ostap seine Selbstbeherrschung verlassen wollte. Er sah sich rings um: Gott! Dauter fremde, unbekannte Gesichter! O wäre doch nur einer, der ihm nahestand, bei seinem Tode zugegen gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 157. Einfor-hätetät D-fie: Luc-Infirmität Milderung lung der

Begab-wen. Aus-Niederflä-rie auch j-dar in u. a-tigen Krie-Stratberfol-Stratberfol-richte getre-Vergehen-übermäßige-gegen die

Die N-teilt nicht-gehens geg-lehrs mit 3-Borlschriften-der Witwe-mer gewel-

Son de-gerichtspräsi-Augustinere-tung für K-Araus-Freis-berfindigun-an, in der-und im La-

* Konst-des 1. Staa-ger eine S-herfchenden-moren in ge-und dessen-Das Boot h-burg und G-

Konstan-Bauh spran-Juge und w-erlegen.

Wradch, Rabe in die-Kurzschluß-erhalten wer-

Präsident-An Stel-Dr. Welger-die Abgg. P-führen beru-Zunächst

des Reichsta-Abg. S-Berlängerun-angehende N-Wir stimmen

Brand i-brach in der-hens Feuer-sarren im K-waren für N-führt werden-hat, dürfte si-belaufen. („

Raubmör-Zuge wurde-Stich in d- („Berl. L.-W-

Explosion-latal eines i-wurden groß-sonen gelötet-werle verleg-dah der Wäch-tig umgegan-

Verunglück-sonen wollte-einen Luftst-„jeds Person-e frau, schinen-erfahren sind-talzar drei A-Dredschler au-

Zu dem-alle Verungl-Prüfer der-schwererlegt-belaufen. („

Die span-blattes“ zufol-Epreek“ ver-züht in der-nicht auf das-Friedbeobker-ten Dittreite-30 000 Wens-land werde d-

Baden-Württemberg

Einschränkung der Freizügigkeit? Auf dem Provinzialparlament der Provinz Sachsen und Anhalts teilte Bürgermeister Lueddeckens (Erfurt) mit, er habe die zuverlässigste Information erhalten, daß die Regierung gegenwärtig zur Wahrung der Wohnungsnot eine vorübergehende Einschränkung der Freizügigkeit ernstlich erwäge.

Baden.

Begnabigungen von Kriegsteilnehmern und Kriegervitwen. Aus Anlaß des Geburtstags des Großherzogs ist die Niedererschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer wie auch gegen Kriegervitwen angeordnet worden. Es wird darin u. a. verfügt: Die gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege gerichteten, noch nicht rechtskräftig erledigten Strafverfahren, welche zur Zuständigkeit der bürgerlichen Strafverfolgungsbehörden oder der an die Stelle bürgerlicher Gerichte getretenen außerordentlichen Kriegsgerichte gehören, werden niedergeschlagen. Von der Niedererschlagung werden Vergehen wegen Verrats militärischer Geheimnisse, wegen übermäßiger Preissteigerung, Schleichhandel usw., Vergehens gegen die Vermögenssteuergehalte usw. nicht betroffen.

Die Niedererschlagung von Strafen gegen Kriegervitwen tritt nicht ein, wenn die Strafe wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit, Abtreibung, unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen oder Lebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften ausgesprochen ist. In demselben Umfang werden die Witwen begnadigt, welche einen Sohn, der Kriegsteilnehmer gewesen ist, verloren haben.

Von der Zentrums-Presse. Unter dem Vorstehe des Landgerichtspräsidenten Gieseler hielt vor kurzem in Offenburg der Augustinerverein für die katholische Presse seine Landesversammlung für Baden ab. Den Geschäftsbereich erhaltende Redakteur Kraus-Freiburg, Landtagsabg. Wittenmann sprach über die Amtsveränderungsfrage. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie die Faltung der Zentrumsfraktion im Reichstage und im Landtage billigte.

Konstanz, 8. Juli. Vor einigen Tagen machten der Sohn des 1. Staatsanwalts Hofmann und der des Postrats Trunzger eine Segelpartie. Bei der Insel Mainau sind sie bei dem herrschenden schweren Sturm mit ihrem Klipper umgeweht und waren in größter Lebensgefahr. Fischermeister Eugen Strobel und dessen Sohn Oskar, ein Kriegsinvalide, retteten die beiden. Das Boot wurde am anderen Morgen am Ufer zwischen Meersburg und Hagnau gefunden.

Konstanz, 7. Juli. Der 16 Jahre alte Rangierer Hermann Bach sprang auf der benachbarten Station Petershausen vom Zuge und wurde überfahren. Den erlittenen Verletzungen ist er erlegen.

Werra, 8. Juli. Zwischen Brombach und Steinen geriet ein Rabe in die Leitung der elektrischen Wiesenbahn. Es entfiel kurzschluß, so daß der Zugverkehr mit Dampflokomotiven aufrecht erhalten werden mußte.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. An Stelle der erkrankten bzw. verhinderten Schriftführer Dr. Belzer (Zentr.) und Dr. Neumann-Dosser (F. Sp.) werden die Abgg. Pfeifer (Zentr.) und Doermann (F. Sp.) zu Hilfs-Schriftführern berufen.

Zunächst wird über die **Verlängerung der Legislaturperiode** des Reichstags in erster Lesung beraten.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir müssen notgedrungen die Verlängerung bewilligen. Neuwahlen und die notwendige vorangehende Aufklärungsarbeit sind praktisch einfach nicht möglich. Wir stimmen daher für die Vorlage.

Aus aller Welt.

Brand im Basler Rheinhafen. Aus unaufgeklärter Ursache brach in der Nacht auf Sonntag im Lagerhaus des Basler Rheinhafens Feuer aus. In der Halle waren hunderte von Baumwollbullen im Werte von drei Millionen Mark aufgestapelt. Sie waren für Deutschland bestimmt, konnten aber nicht mehr ausgeliefert werden. Obwohl ein großer Teil der Waren nicht gelitten hat, dürfte sich der Schaden auf mehrere hunderttausend Franken belaufen. („Berl. Z.-A.“)

Raubmord. In einem von Essen nach Bochum kommenden Zuge wurde in einem Abteil zweiter Klasse eine Frau mit einem Kind bei der Brust tot aufgefunden. Man vermutet Raubmord. („Berl. Z.-A.“)

Explosion in Wien. Durch eine Explosion in dem Geschäftsal eines Wäschemachers in der Gumpendorferstraße in Wien wurden große Verletzungen im Hause verursacht und sieben Personen getötet. Auch wurden mehrere Personen bei den Rettungsarbeiten verletzt. Als Ursache des Unglücks ist festgestellt worden, daß der Wäschemacher mit 50 Kilogramm Schießpulver unvorsichtig umgegangen ist, wodurch dieses zur Explosion kam.

Verunglückte Bergsteiger. Eine Gesellschaft von sechs Personen wollte trotz dringender Warnung von der Höllentalhütte einen Aufstieg auf die Zugspitze unternehmen. Sämtliche sechs Personen, darunter ein Leutnant Mascher und dessen Ehefrau, scheinen ungetroffen zu sein, und man nimmt an, daß sie erfroren sind. Eine Rettungsexpedition fand im oberen Höllental drei Leiden der Touristengesellschaft, darunter ein Ehepaar Drechsler aus Dresden.

Zu dem Unglücksfall auf der Zugspitze wird gemeldet, daß alle Verunglückten aus Dresden sind. Leutnant Mascher, der Führer der Partie, der Hilfe holen wollte, ist abgestürzt und schwer verletzt. Die übrigen sind wohl im Schneesturm umgekommen. („Berl. Z.-A.“)

Die spanische Krankheit. Einer Depesche des „Berliner Tageblattes“ zufolge meldet das Neue Büro aus London: „Daily Express“ veröffentlicht verschiedene Nachrichten über die Verbreitung der Grippe in Europa und Asien. In Frankreich blieb sie nicht auf das Heer beschränkt, sondern breitet sich auch unter der Zivilbevölkerung aus. In China würden besonders die bevölkerungsreichen Distrikte von ihr heimgesucht. In Tientsin seien über 20000 Menschen erkrankt, in Peking viele Tausende. In England werde die Krankheit jetzt erfolgreich mit Chinin behandelt.

Abg. Albrecht (U. Soz.): Wir können nicht einsehen, weshalb wir nicht wählen sollten. Der Belagerungszustand muß aufhören. Die Verlängerung ist verfassungswidrig. Wir lehnen die Vorlage und ebenso die Verlängerung des elsass-lothringischen Landtages ab.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen die Verlängerung des elsass-lothringischen Landtages. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die **Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl** in großen Reichstagswahlkreisen.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir stehen der Vorlage durchaus kühl gegenüber. Andere Staaten gehen zu einer Ausdehnung des Wahlrechts auf Soldaten und Frauen. Bei uns ist aber feierlich erklärt worden, daß in absehbarer Zeit nicht über diese Reform hinausgegangen werde. Diese Erklärung ist im Ausschuß noch verschärft worden gegenüber jener des Reichstages, daß die Verhältniswahl in den großen Städten Gelegenheit zu einer Probe für die Verhältniswahl überhaupt geben werde. Die Frauen sind von allergrößter Bedeutung für die Volkswirtschaft, das hat der Krieg gelehrt. Sie bilden auch die Mehrzahl der Krankenversicherten. Kürzlich war eine Frau in einem Ausschuß die Regierungsvertreterin. Das Wahlrecht bekommt sie aber nicht. Wir schlagen den Proporz ganz allgemein vor.

Abg. Müller-Meinungen (F. Sp.): Die Vorlage ist gut, denn sie gibt nach und das ist für die Verhältniswahl das Wichtigste. Der Ausschuß hat mehrere wichtige Verbesserungen vorgenommen. Mit unannehmbaren Anträgen sollte man jetzt nicht kommen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Auch wir halten die Vorlage für gut. Sie war es aber schon vor der Kommissionsberatung. Die Verhältniswahl für einige Wahlkreise, die festgelegt sind, vorzunehmen, ist ein Sprung ins Dunkle. Eine Nachprüfung muß von Zeit zu Zeit erfolgen und zwar durch den Reichstag, ob neben der bloßen Einwohnerzahl auch die sonstigen Kriterien, die wirtschaftlichen und historischen Verhältnisse zutreffen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir können dem Gesetz nicht zustimmen. Die Veränderung, die die Kommission vorgenommen hat, bedeutet eine wesentliche Verbotzung der großstädtischen Bevölkerung und der organisierten Arbeiterklassen. Wir sind grundsätzlich gegen die Verhältniswahl, dazu kommt noch, daß durch die Fassung des Gesetzes kein endgültiger Zustand geschaffen wird.

Reichsanwalt von Bayern: Die Auffassung des Grafen Westarp, daß die Regierung den Entwurf nur als einen vorläufigen Versuch ansehe, um gegebenenfalls die spätere Ausdehnung der Verhältniswahl über das ganze Land ins Auge zu fassen ist irrtümlich. Ich habe damals auf die unbestreitbare Tatsache hingewiesen, daß bei Durchführung des Gesetzes im Laufe der Jahre sich Erfahrungen ergeben werden, und daß diese selbstverständlich auf die Möglichkeit und Nichtmöglichkeit, auf die Zweckmäßigkeit oder Nichtzweckmäßigkeit eines weiteren Ausbaues des Verhältniswahlrechts Schlüsse zulassen werden. Ich habe weder gesagt, noch sagen wollen, daß diese Erfahrungen einseitig zu ausfallen werden, daß sie für die weitere Ausdehnung sprechen könnten, noch weniger, daß diese Erfahrungen zu diesem Ausbau verwendet werden sollten oder seitens der Regierung verwendet werden würden.

Abg. Dr. Gersfeld (U. Soz.): Vierzig Jahre haben wir auf eine Wahlreform gewartet und nun sieht die heutige Frucht der Neuorientierung so spärlich aus. Nach vier Jahren Krieg, in dem die Arbeiter ihr bestes hergegeben haben, wird der Grundlag festgelegt für das Reich: Das ungleiche Wahlrecht für die Arbeiter.

Abg. Dr. Loswest (Kons.): Die Verhältniswahl muß, soll sie gerecht wirken, überall eingeführt werden. In einzelnen Bezirken wirken solche Bestimmungen als Ausnahmegesetz. Wir stimmen gegen den Entwurf.

Abg. Hoff (F. Sp.): Die Vorlage will ein offenkundiges schärferes Unrecht beseitigen, dadurch, daß die vielen Millionen Einwohner, die zu der Einwohnerzahl Deutschlands hinzugekommen sind, nun auch eine politische Vertretung erhalten sollen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die verbündeten Regierungen wehren sich gegen den Gedanken der Ausdehnung des Verhältniswahlrechts. Das hat der Reichsanwalt nicht getan. Er hielt die Möglichkeit dazu offen.

Reichsanwalt von Bayern: Ich muß durchaus einen Widerspruch zwischen dem Standpunkt der verbündeten Regierungen und der meinigen betonen. Der Standpunkt der Regierungen ist nicht der, als ob sie jetzt im Sinne hätten, schon eine weitere Ausdehnung in Aussicht zu nehmen. Ich meinerseits bestehe darauf, daß es zweckmäßig sein wird, Erfahrungen zu sammeln. Es ist mir dabei, das Beispiel von Württemberg im Gedächtnis geblieben, wo auch eine teilweise Verhältniswahl besteht. Hierauf werden die §§ 1 bis 5 angenommen.

§ 5 a (zum Ausschluß hinzugefügt) besagt, daß, wenn die Zahl der auf einen Wahlkreis entfallenden Einwohner nach den beiden letzten allgemeinen Volkszählungen mehr als 300 000 beträgt, bei den nächsten allgemeinen Wahlen für jede weiteren angefangenen 200 000 je ein neuer Abgeordneter hinzutritt. Die Abgeordneten dieses Wahlkreises sind nach den Grunddaten der Verhältniswahl zu wählen.

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.): Wir stimmen dieser automatischen Abgeordnetenvermehrung zu.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.) soll am Schluß der Beratung über den § 5 a namentlich abgestimmt werden.

Abg. Dr. Rudloff (Zentr.): Wir stimmen gegen diesen Paragraphen. Er bringt neue Ungleichheiten mit sich.

Die Abgg. Dr. Voetiger (Natl.) und Hoff (F. Sp.) treten für den Paragraphen ein, die Abgg. Dr. Arenst (Natl., Zentr.) und Dr. Bell (Zentr.) dagegen.

Abg. Dr. Rudloff (Zentr.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungszusammensetzung zu § 12 hinsichtlich der Gültigkeit der Stimmzettel.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.): Es muß auch möglich sein gebundenen Listen gewählt werden. Streng gebundene Listen sind aber nicht möglich.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Regierung will nicht, daß Listen, auf denen einzelne Wenderungen, Streichungen oder Umstellungen vorgenommen worden sind, für ungültig erklärt werden.

Der Antrag des Zentrums wird abgelehnt. Es bleibt bei dem Beschluß des Ausschusses. Abstimmt wird über den § 5 a namentlich abgestimmt. Es stimmen von 288 Abgeordneten 158 für und 130 Stimmen gegen den Paragraphen, der somit angenommen ist. Das Gesetz wird dann auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.) in zweiter Lesung angenommen. Darauf wird die

Beamtenorganisation für Meer und Marine

besprochen.

Der Berichterstatter Abg. Werner-Gersfeld (Natl., Zentr.) berichtet.

Abg. Trilmorn (Zentr.): Die Beamtenorganisation muß baldigst vorbereitet werden, damit sie sofort nach dem Kriege verwirklicht werden kann. Die Beamten beklagen sich, daß sie kontrolliert und revidiert werden von Beamten, die die zu kontrollierenden Stellen nicht aus eigener Erfahrung kennen. Deshalb ist es nötig, daß bei den Heeres- und Marinebeamten eine durchlaufende Karriere zu schaffen ist, wie sie bei der Post besteht.

Abg. Stahl (Soz.): Die Zustände in den Spandauer Werkstätten sind keineswegs musterhaft. Die Behandlung der Arbeiter selbst läßt viel zu wünschen übrig. Schimpfworte sind an der Tagesordnung.

General von Duen: Die Neugestaltung der Beamtenorganisation ist schon längst geplant. Durch den Krieg hat sie sich etwas verzögert. Eine Sperrung der Anwärterzahl würde zwar die Anwärter verringern, aber dem Kreise der Zivil- und Militärpersonen, die auf eine Anstellung reflektieren, sehr unangenehm sein. Die Schaffung eines Verurlaubenstandes für Beamte ist nur für Militärsbeamte möglich. Sie wird vorbereitet.

Generalfeldzeugmeister von Couette: In Siegburg ist ein weiterer Direktor bereits im Amt. Sämtliche Arbeiter in unseren Betrieben haben auch während des Krieges ihren Urlaub, Meistergehälften können nicht durchweg Beamtenstellungen erhalten. Jene welche Abmachungen mit der Privatindustrie auf Herstellung der Stücklöhne sind nicht getroffen worden. Nach dem Kriege werden die Zeillöhne sofort einer Revision unterzogen werden müssen. Die Kriegsbeschädigten kommen in ihre alte Stellung. Ihre Renten werden ihnen nicht angedreht. Bisher haben wir 11 000 Kriegsbeschädigte, darunter 113 Kriegsblinde angestellt. Bei den Entschädigungen für die Opfer der Explosion in Henningsdorf wird mit größtem Wohlwollen verfahren.

Abg. Weinhausen (F. Sp.): Die heutigen Wünsche sind nicht auf die Gegenwart, sondern auf die Zukunft eingestellt. Die technischen Beamten können allenfalls Betriebsdirektoren werden. Leutnants aber haben den Weg zum Feldzeugmeister offen.

Abg. Gels (Natl.): Die Beamtenstellvertreter müssen nach längstens 10 Jahren zur Hilfsbeamten befördert und besser gestellt werden.

Generalfeldzeugmeister von Couette: Die Beamten werden mit allem Wohlwollen behandelt. Nach dem Kriege wird Durchgreifendes geschehen.

Abg. von Graefe (Kons.): Der Ausschuß hat fruchtbare Arbeit im Sinne einer wirklichen Reform geleistet. Die Militäranwärter mit Offiziersqualifikation müssen nachträglich befördert werden.

Abg. Werner-Gersfeld (Natl., Zentr.): Es ist nicht richtig, daß die Verwaltungsbeamten den Offiziersrang haben wollen der Uniform wegen. Sie wollen ihre Stellung und ihre Autorität haben. Das Prüfungswesen muß von der Verwaltung getrennt, besondere Prüfungsämter müssen errichtet werden.

General von Duen: Für den Verurlaubenstand bilden die Militärsbeamten die nötige Grundlage. Nach dem Kriege wird das Erforderliche geschehen.

Abg. Böhmer (U. Soz.): In Spandau kommen schwere Ausschreitungen gegen Arbeiterinnen vor. Selbstmordaktionen dürfen nur von Frauen ausgeht werden. Die Bestimmung, daß bei Lohnfragen die Arbeiterausschüsse gehört werden sollen, steht nur auf dem Papiere. Nicht Offiziere, sondern gut vorbereitete Fachmänner sollten an die Spitze der Betriebe gestellt werden. Die Nachschicht für Frauen muß besetzt werden.

Militärische Anfragen im Reichstag.

Die Abgg. Stücklen und Wels haben folgende Anfrage eingebracht:

„Bei einer Reihe Gefangenenerückstellungen besteht die Gefangenheit, den ganzen Mannschaften den Urlaub zu sperren, sobald Entweichungen von Gefangenen vorkommen.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Schritte zu unternehmen, um diese nicht zu billige Härte zu beseitigen und damit die Vermeidung Unschuldiger zu verhüten?“

Eine gemeinsame Anfrage der Abgg. Müller-Meinungen, Stücklen und Dr. Wirth geht dahin:

„In der Sitzung am 12. Juni 1918 wurde von Seiten der Militärverwaltung ausgesprochen, daß ein „allgemeines Verbot“ des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Abgeordneten des Reichstags nicht bestehe. Trotzdem besteht die allgemeine Klage im Heere, daß völlige Unklarheit über die sichere Gewährleistung des im Interesse des Ansehens absolut notwendigen loyalen Verkehrs zwischen Angehörigen der Armee und den Vertretern des ganzen deutschen Volkes in militärischen Angelegenheiten besteht und daß dieser Verkehr immer noch von vielen militärischen Stellen mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bestraft wird.“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dieses Recht von Offizieren und Mannschaften gegen die Uebertreffe kurzfristiger Vorgesetzter zu sichern.“

Das Generalkommando in Stettin verweigert den der Fortschrittlichen Volkspartei angehörenden Rechtsanwältin die Zulassung als Verteidiger vor den Militärgerichten. Abg. Gohsheim hat dies zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, in der außerdem noch behauptet wird:

„Durch Geheimverlag desselben Generalkommandos sind den Richtern der Kriegsgerichte des Kriegszustandes unter Strafandrohung Vorschriften über die Ausübung ihres Richteramtes gemacht worden.“

Die Abgeordneten Gohn und Roske haben weiter folgende kurze Anfrage an den Reichskanzler gerichtet: „Nach zuverlässigen Nachrichten waren in Warschau und Lodz anfangs dieses Monats Aufrufe angehängt, die zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung aufforderten. Drei Tage lang konnten diese aufreizenden Schriftstücke an allen Ecken und Enden der beiden Städte prangen, bevor sie entfernt wurden. Den jüdischen Zeitungen Polens war von der Zensur verboten, etwas über die Pogromplakate zu schreiben, während einer polnischen Zeitung nicht nur gestattet war, den Aufruf im Wortlaut wiedergeben, sondern sie konnte nach dem Inhalt dieses Aufrufs entspricht der Stimmung der polnischen Masse.“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, daß unter den Aufrufen der deutschen Besatzungstruppen derartige, den Frieden gefährdende politische Mittel nicht mehr angewendet werden können.“

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 9. Juli.

Zum Kapitel Schleichhandel

wird unsern Nürnberger Parteiblatt geschrieben: In erster Linie sollten die Preise in den Hotels und Restaurationen durch die Behörde festgesetzt werden. Jetzt können die Wirte verlangen was sie wollen. Ich selbst bin Chef einer großen Küche und weiß, was die Sachen kosten und was verdient wird. Es ist recht, die Wirte haben einen harten Stand, bis sie mit Mühe und Plage das schwarz gekochte Fleisch für ihren Bedarf herein bringen; dafür erzielen sie aber horrenden Profit. Für 100 Gramm Braten werden gewöhnlich 3,50 bis 4 Mk. verlangt, das sind beim Pfund 17,50 bis 20 Mk. Da kann man schon das Pfund Fleisch für 6 bis 8 Mk. kaufen. Dürften sie aber für 100 Gramm nur 2 Mk. verlangen (wobei sie immer noch 8 Mk. fürs Pfund einnehmen würden), so könnten sie das gehamsterte Fleisch nicht mehr einkaufen und der Schleichhandel hört von selbst auf. Für einen Pfannkuchen verlangen sie 2,50 bis 3 Mk. Wie können sie diesen Preis fordern? Zu 6 Pfannkuchen werden 3 Eier genommen, etwas Milch, 1/2 Pfund Mehl und eine Kleinigkeit Fett. Einnahme 18 Mk., Verdienst 16,70 Mk. Zwei Klöße mit Tunke kosten dreifach 1,20 bis 1,50 Mk. Dazu benötigt man 1 Pfund Kartoffeln. Anschaffung: 9 bis 11 Pfg. In manchen Lokalen werden an freischönen Tagen 100 bis 150 Klöße verkauft. Verdienst 80 Mark, und 40 bis 50 Pfannkuchen, Verdienst 130 Mk. In Friedenszeiten hat man bei der Küche draußgelegt; heute, wo alles knapp ist, verdient man Unumwunden. Hier in Karlsruhe liegen die Verhältnisse ähnlich. Man sollte doch, wo das Volk zu kämpfen hat und sich oft mit hungerigem Magen schlafen legen muß, gegen solchen Wucher einschreiten. Das Fleisch käme mehr der Allgemeinheit zu und den Wuchern und Schleichhändlern wäre das Handwerk gelegt. Das stellb. Generalkommando sollte die Sache prüfen und Ordnung schaffen. Es tut einem das Herz weh, wenn

Militärurlaub (bei 55 Pfg. Löhnung täglich) für ein Abendbrot: 3 bis 4 Mk. bezogen müssen, wenn sie einmal im Gasthaus essen wollen. Von Sattessen kann ohnehin keine Rede sein.

Drisbrückbestellung. Von Mittwoch, 10. Juli ab, werden wieder drei Drisbrückbestellungen ausgeführt.

Sonderfahrbedarfschein. Die Reichsstelle für Schubverjorgung hat zugelassen, daß in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September 1918 jede Person berechtigt ist, einen Sonderfahrbedarfschein, gültig bis 1. Oktober 1918, zu erhalten, der zum Kauf eines Paars Hauschuh, Pantoffel, Turn-, Tennis- und sonstiger Leinwand mit Ledersohle berechtigt. Der Sonderfahrbedarfschein ist auszufertigen, ohne daß die Berechtigung zum Empfang eines Bedarfscheines in der sonst üblichen Weise geprüft wird. Hauschuh, Turnschuh usw. mit anderen als Ledersohlen sind nach wie vor bedarfscheinfrei. Durch die neue Verordnung kann das eigentliche Straßenfußwerk geizig und für die ungünstige Jahreszeit aufgespart werden.

Verschlagnahme der Türgriffe. In der letzten Sitzung des Stadtraß machte der Oberbürgermeister Siegriff Mitteilung von einer Eingabe, die der Vorstand des deutschen Städtetages an Bundesrat, Reichstag und den Herrn Reichskanzler (Reichswirtschaftsamt) in Bezug auf die Verschlagnahme von Tür- und Fenstergriffen auf Grund der Bekanntmachung des Kriegsministeriums (Metall-Mobilmachungsstelle) vom 26. März 1918 eingereicht hat. Darin wird u. a. gewünscht, daß zur Vermeidung erheblicher Schädigung der Hausbesitzer die Abnahme der Tür- und Fenstergriffe möglichst hinausgeschoben, insbesondere dafür Sorge getragen wird, daß auf Gegenstände der bezeichneten Art erst zurückgegriffen wird, nachdem insbesondere aus den besetzten Gebieten alles an Kupfer und Nickel Erreichbare herausgezogen worden ist. Dabei wird auch darauf hingewiesen, daß sich noch zahlreiche Ladengeschäfte und Fabriken im Besitze von fertigen Waren aus verschlaggenommenen Metallen befinden, die aus der Bevölkerung selbst längst herausgezogen sind und daß der amtliche Nebennahmepreis für die fraglichen Gegenstände für die Entschädigung der Hausbesitzer bei weitem nicht ausreicht, sodas eine entsprechende Erhöhung geboten erscheint.

Eine Beobachtungsfrage. Im „Karlsruher Fremdenblatt“ war vor kurzem die Tätigkeit der Badischen Obsterjorgung einer heftigen Kritik unterzogen worden. Dagegen wehrte sich die Bad. Obsterjorgung in einer Anzeige in den hiesigen Zeitungen. Sie behauptete, der Gewährsmann des Fremdenblattes habe sich der Untreue als Beamter schuldig gemacht. Der Mitarbeiter des Fremdenblattes Albert Gund, erklärt jetzt, daß er gegen den Direktor der Obsterjorgung vorgehen werde.

Spenden. Das Großherzogspaar hat dem Stadtrat hier die Summe von 3000 Mark zur Unterstützung von Kriegerfrauen und anderen Familien zur Verfügung gestellt. An weiteren Gaben sind für die Großherzogs-Geburtsstagspende weiter eingegangen: F. Wolff u. Sohn hier 2000 Mk., S. Fuchs Söhne hier 1000 Mk., Herr und Frau Dr. C. Ws. Janssen, Raarden (Holland) 500 Mk., Kommerzienrat Dr. Th. Gemming hier 500 Mk., Dr. Krupp von Bohlen und Dalbach 2000 Mk., Brauerei-Gesellschaft S. Moninger hier, 700 Mk.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 22 33. Auf Grund des § 214 A.D.O. hat derjenige Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Krankenkasse, die innerhalb 3 Wochen nach dem Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung erkrankt. Voraussetzung ist jedoch, daß er unmittelbar vorher der Krankenkasse 6 Wochen angehört hat, oder aber, daß er in den letzten 12 Monaten insgesamt 26 Wochen bei Krankenkassen versichert war. Gaben Sie am 10. Juni noch gearbeitet, dann läuft die Frist mit dem 1. Juli ab. Gaben Sie zuletzt am 9. Juni gearbeitet, dann war die Frist bereits am 30. Juni abgelaufen. Da Sie erst am 2. Juli erkrankten, besteht also kein Anspruch.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,30 Meter, gef. 18 Zentimeter; Neßl 3,22 Meter, gef. 4 Zentimeter; Mainz 4,88 Meter, gef. 8 Zentimeter; Mannheim 4,01 Meter, gef. 15 Zentimeter.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Kaiserstraße 24



Wer hat sich noch nicht beteiligt an der

Großherzogs-Geburtsstagspende 1918?

Postcheckkonto 5856.

Postcheckkonto 5856.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

Grüne Erbsen.

Die Anweisungen auf die bestellen grünen Erbsen sind zur Verwendung gelangt. Jede Anweisung trägt eine bestimmte Nummer und lautet auf 10 Pfund.

Die Ausgabe der Erbsen geschieht in den untenstehenden 2 Stellen, jeweils vormittags von 8 1/2-11 1/2 Uhr und nachmittags von 2 1/2-5 1/2 Uhr.

Die Ausgabestellen sind:

- a) in unserem Lager, alte Bahnhof, Kriegsstraße 5a, b) in dem Anwesen der Gutsverwaltung von Eckardt u. Gege, Bismarckstraße 43.

Es wird von uns stets bekannt gemacht, welche Nummern der ausgegebenen Anweisungen an den einzelnen Tagen eingelöst werden. Wir bitten im Interesse geordneter Durchführung der Ausgabe um pünktliche Einhaltung der Einlösungszeit.

Die Erbsen sind an den Ausgabestellen vor der Empfangnahme zu bezahlen; der Geldebetrag ist abgegählt bereit zu halten. Körbe oder sonstiges Packmaterial sind mitzubringen.

Karlsruhe, den 8. Juli 1918.

4094

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Berjorgung von Mutter und Kind.

Die Ausstellung von Stillbescheinigungen für die Altstadt findet in der

Ludwig-Wilhelmshule

am Dienstag, den 9. Juli 1918 nicht statt, weil die Mütterberatungsstunde an diesem Tage ausfällt.

Karlsruhe, den 8. Juli 1918.

4092

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Unentgeltliche ärztliche

Mütterberatungsstunde

für das

Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren

findet statt:

4088

am Mittwoch, den 10. Juli, abends 5-6 Uhr,

im alten Nathans in Mühlburg

Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Wein-Abgabe.

Die Abgabe von Wein mußte vom 1. Juli ab neu geregelt werden. Näheres hierüber ist in sämtlichen Läden angeschlagen, worauf wir die verehrlichen Mitglieder aufmerksam machen. Neue Preislisten liegen in den Läden zur Empfangnahme für die Mitglieder auf.

Karlsruhe, den 6. Juli 1918.

4086

Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Juliana Kleesattel, 84 J. alt, Ehefrau von Friedrich Kleesattel, Nejerweizer, Karl Hummel, Sattler, ledig, 78 J. alt, Friederike Bhieler, 65 J. alt, Ehefrau von Johann Bhieler, Bahnarbeiter, Wilhelm Glutsch, Maurer, Miwer, 41 J. alt.

Statt Karten. Danksagung. Für die Beweise herzlicher Teilnahme, die mir anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes Johann Dietz Wirt zum Ritter, in so reichem Masse entgegengebracht wurden, spreche ich meinen tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank dem Sängerbund „Vorwärts“ für den tieftrührenden Trauergesang, sowie Dank dem freien Gastwirterverband. Karlsruhe, den 9. Juli 1918. 4090 Frau Christine Dietz, Wwe. Kronenstrasse 46.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe. Donnerstag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13. Vertreter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Festsetzung d. Kartellbeiträge. 3. Die amtliche Wohnungsfürsorge. In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung bitten wir dringend um vollzähliges und pünktliches Erscheinen. 4085 Die Kartellkommission.

Tierjungsverein Karlsruhe. Sprechstunden: Mi. u. Sa. 11.50 Uhr bis 12.15 Uhr Geschäftszimmer: Sofienstr. 26 Mitglieder-Versammlung: Jeden zweiten Mittwoch im Monat in den „Bier Jahresszeiten“, Hebelstr. 21. 1229

Hansbursche mit guten Empfehlungen auf Mitte des Monats gesucht. Adolf Lindenlaub 4080 Kaiserstraße 191.

Rasier-Klingen werden haarscharf geschliffen, Stück 10 Pfg. 3083 Kaiserstr. 18. Laden.

Städtisches Konzerthaus. Dienstag, den 9. Juli 1918, 8 Uhr 4091 Zur Feier des Geburtsfestes Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs in festlich beleuchtetem Hause Die Fledermaus.

Grüne Erbsen. Auf der Verteilung der bestellen Erbsen bringen wir Dienstag, den 9. Juli und morgen Mittwoch, den 10. Juli 1918 auf sämtlichen Märkten der Stadt (Marktplatz, Ludwigswplatz, Gulenbergplatz, Georg-Friedrichstraße und Mühlburg), sowie in allen Gemüsehandlungen, vormittags und nachmittags eine weitere größere Menge grüne Erbsen zum Verkauf. Karlsruhe, den 8. Juli 1918. 4093 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Tüchtige Kupfer Schmiede Installateure Blechschlosser und Blechner finden sofort Beschäftigung bei Gustav Bader jr. Bruchsal. 4069

Ausgeklämmte Frauenhaare lauft 8062 Oskar Becker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32.